



DKP vor Ort

Kommunisten im Essener Westen

Mai 2008

Bäderschließung in Essen? Eine Stadt sitzt auf dem Trockenen

Schwimmbäder müssen instand gehalten werden, das kostet Geld! Dieses Geld soll nun zum großen Teil gespart werden. Wie und wo sollte das in Auftrag gegebene Bädergutachten ermitteln.

Die Liste der zu renovierenden Schwimmbäder ist lang und mit dabei ist das Freizeitbad Oase in Frohnhausen!

Und dies scheint so manchen Essener Bürger sehr zu verwundern, denn gerade dieses Bad verschlang in den letzten Jahren schon einige Millionen und dürfte doch gar nicht renovierungsbedürftig sein.

Im Jahre 2000 wurde das benachbarte Nöggerathbad mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP geschlossen. Aus dem Verkaufserlös sollte u. a. die Oase renoviert und mit einem Außenbecken umgebaut werden. Sogar von einer Surfswelle war die Rede, die ein begeistertes Publikum ins Bad locken sollte.

87000€ Zuschuss für diese Idee bekam dafür der Unternehmer Karlhans Trencks, um das Bad in Eigenregie weiter zu führen. Im Sommer 2002 eröffnete Trencks dann auch endlich die Oase wieder, nur die Surfswelle war überhaupt noch nicht fertig! Was auch niemals passierte, die Oase wurde kurze Zeit darauf wieder geschlossen, der Unternehmer forderte weitere Gelder für den Weiterbau, bekam aber nichts und so machte er kurzerhand wieder dicht!

Die Stadt übernahm daraufhin wieder das Hausrecht, steckte sache und schreibe eine weitere Million Steuergelder in das Projekt „Spaßbad Oase“, obwohl Experten dazu geraten hatten, diese Gelder doch lieber für die Reaktivierung des noch vorhandenen Nöggerathbades zu investieren, doch die Verantwortlichen zeigten sich störrisch!

Nun ist die Oase wieder eröffnet, doch zu hohe Eintrittspreise und wenig Attraktivität lassen den erwarteten Besucherandrang ausbleiben! Und was fällt der Stadtverwaltung dazu ein? Wir schließen die Oase!



Unser ehemaliges Nöggerathbad

1. Mai 2008 Starke Gewerkschaften braucht das Land

Mit berechtigten Forderungen, mit Warnstreiks und der Bereitschaft zu unbefristeten Streiks haben Gewerkschaften wie die IG Metall, ver.di, auch die GDL, jüngst einiges an Verbesserungen durchgesetzt oder stehen dafür in harten Tarifaueinandersetzungen.

Keine Illusionen: Es handelt sich um Kompromisse. Aber heftig wie schon lange nicht mehr stimmen das Unternehmerlager und seine Sachwalter in der Regierung ein Alarmgeschrei an, dass gewerkschaftliche Erfolge „den Aufschwung kaputt machen“. Die „mühsam erwirtschafteten“ Steuergelder (von wem wohl?) würden „in Spendiermanier unter die Leute gebracht“. Selbst die nach mehreren Nullrunden jämmerliche Rentenerhöhung wird als „Füllhorn über die Rentner“ verdammt.

Diese Aufregung beweist, wie nützlich aktive Gewerkschaften sind. Und wenn jetzt die bescheidenen Ergebnisse verteidigt werden müssen – wie nötig starke und kämpferische Gewerkschaften sind!

Gut, dass wir das auch an einem Tag wie dem 1. Mai demonstrieren können – und sollten es nach Kräften tun. Vom Frohnhauser Markt zur DGB-Kundgebung auf dem Kennedy-Platz.

Zuvor sind alle Kolleginnen und Kollegen herzlich eingeladen zur 1. Mai-Feier der DKP am 25. April im Bürgerhaus Oststadt.

Fortsetzung auf
Seite 2

Im Innenteil die Stellungnahme der DKP Essen zum ver.di-Tarifabschluss !

Fortsetzung von Seite 1

Wieder mal werden Steuergelder der Bürger sinnlos verpulvert, wieder mal wird der Essener Westen um ein Schwimmbad ärmer. Viele Kinder und Jugendliche können nicht schwimmen, weil immer mehr Schulen keinen Schwimmunterricht erteilen können. Wäre es da nicht ratsam Bäder zu sanieren und für geschlossene Einrichtungen Ersatz zu schaffen?

Die anstehenden Bäder- und Sportstättenschließungen zeigen deutlich, was in dieser Stadt passieren muss! Eine andere Politik muss her! Die Bürger dürfen nicht darunter leiden, dass ihr Geld sinnlos verpulvert wird, während den Großunternehmen von der Stadt Geschenke in Millionenhöhe gemacht werden.



Wird es sie demnächst noch geben?

Kinderarmut in Essen

Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung bestätigt es wieder: in diesem Land werden die Reichen immer reicher



Frauentagsmatinee der DKP Essen



9. bis 12. Mai: Festival der Jugend in Kölle am Rhein!

Rot-frech-radikal: Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) feiert Geburtstag!

Der sozialistische Jugendverband wird 40 und feiert mit Euch. Das jährliche Pfingstcamp wird 2008 zum Festival der Jugend.

Festival? Ja, drei Tage volles Programm in Köln am Rhein:

Ska, Punk, Hip-Hop und Folk live auf der Großbühne.

Party mit Soundsystem und kubanischen Cocktails oder Bier vom Fass gegen den Durst.

Gepflegtes Kicken oder Chillen am Rhein...

Party for your right to fight!

Die SDAJ tritt den Beweis an, dass Politik und Party sich nicht im Wege stehen.

Den ganzen Tag gibt es spannende Info- und Diskussionsangebote mit prominenten Gästen aus dem In- und Ausland.

Information und Motivation für unseren Kampf gegen Kriegseinsätze, Ausbildungsmisere, Sozialabbau und Überwachungsstaat.

Mach mit!



und die Armen immer ärmer. Es sind vor allem Kinder, die von der Armut betroffen sind. Laut Kinderreport des Deutschen Kinderhilfswerks leben 14 % der Kinder (2,6 Mio.) in Deutschland in Armut.

In Essen liegt die Zahl über den Bundesdurchschnitt. In unserer sonst so reichen Stadt leiden 27.200 unter Armut. Letztes Jahr waren es noch 19.000. Nach aktuellen Zahlen lebt jedes dritte Kind von Hartz-IV. Jürgen Beese von der DKP Essen hebt hervor, dass ein Großteil dieser Kinder im Essener Norden lebt. Im Stadtkern leben 70% der dort angemeldeten Kinder offi-

ziell in Armut. Was macht die Stadtverwaltung dagegen? „Sie reagiert darauf mit falschen Maßnahmen“, so Jürgen Beese: „Mit Kürzungen und Streichungen im Kinder- und Jugendbereich, mit unbezahlbaren ÖPNV-Preisen, mit Schließung von Bibliotheken, Sportanlagen und Schwimmbädern. Kurz, mit diesen Maßnahmen verwehrt die Stadtverwaltung den armen Kindern in Essen die Teilhabe an Kultur und Freizeit.“

Der DKP-Frauenarbeitskreis hat deswegen das Thema „Kinderarmut“ in den Mittelpunkt der diesjährigen Veranstaltung zum Internationalen Frauentag gestellt. In Sketchen und Referaten wurde die Situation armer Kinder in Deutschland dargestellt und die Ursachen erklärt.

Aus dem „Rotlicht“, Information über die Ratstätigkeit der DKP Essen

Jugend darf nicht kriminalisiert werden!

Überall redet man über Jugendkriminalität. Roland Koch und seine CDU fordern die Verschärfung des Jugendstrafrechts. Dabei spricht die Statistik eine andere Sprache: Die so genannte „Jugendkriminalität“ ist seit Jahren rückläufig. „Jugendliche Gewalt“, stellt Siw Mammitzsch von der DKP Essen fest: „hat wie alle anderen Gewaltformen oft soziale Ursachen. Eltern, Freunde, Schule insbesondere aber fehlende Ausbildungs- bzw. Arbeitsplätze sind hierbei zentral.“

Die Freizeitangebote für Jugendliche werden seit Jahren reduziert. Auch im Haushaltsentwurf 2008/ 2009 ist der Bereich Jugend von Kürzungen stark betroffen. „Wie der Essener Jugend- und Bildungsdezernent Peter Renzel



Siw Mammitzsch (links), DKP Essen, Bahar Güngör (rechts), DIDF-Jugend

da zu mehr Prävention gegen Gewalt kommen will, bleibt mir ein Geheimnis“, erklärt Ratsherr Patrik Köbele: „Die Jugendlichen brauchen keine Prävention, sondern eine sinnvolle Perspektive.“

Die Jugendlichen in Katernberg z. B. beschreiben ihre Situation in der „Straßenhymne Katernberg“, die sie kürzlich im Bürgerzentrum Kon-Takt vorgestellt haben. Sie reden von der Perspektivlosigkeit

nach der 8. Klasse. Lehrer bestätigen dies: Hauptschule bedeutet, keine Chance zu haben. „Heute meint man zumeist uns, die ‚Schwarzköpfe‘, wenn man von der Jugendkriminalität redet. Die Jugendlichen mit Migrationshintergrund werden in der Gesellschaft oft allein aufgrund ihres Aussehens schon als Täter kriminalisiert, stellt Bahar Güngör von der DIDF-Jugend fest.

Statt „Gelbe Karte“ und „Warnschuss-Arrest“, wie auch in Essen angedacht ist, brauchen die Jugendlichen intensive Unterstützung in der Schule, qualifizierte Ausbildungs- und Arbeitsplätze und ausreichende Freizeitangebote. „Sie dürfen nicht weiter kriminalisiert werden“, fordert Patrik Köbele, Ratsherr der DKP.

DKP und die „Konzernstadt“ Essen



Karin Schnittker, Vorsitzende der DKP Essen

In den offiziellen Dokumenten der Stadtverwaltung wird Essen immer öfter als „Konzernstadt“ bezeichnet. Mit dieser Bezeichnung wird unsere Stadt zum einen als Stadt der Konzerne definiert und zum anderen wird die Stadt selbst als ein Konzern aufgefasst. In dieser Doppelbedeutung der Bezeichnung wird auch die Grundorientierung der Politik der großen Mehrheit im Rat deutlich. „Zunächst meint man damit offensichtlich die uneingeschränkte Unterstützung der Konzerne. Diese Politik wird

zumeist als „Förderung der Wirtschaft“ umschrieben. Um sich ein Bild zu machen, was man damit meint, genügt es, sich das 150 Millionen Geschenk an Steag (heute Evonik) in Erinnerung zu rufen“, sagt Karin Schnittker, die Vorsitzende der DKP Essen.

10 der 100 größten deutschen Konzerne haben in unserer Stadt ihre Zentrale. Der Oberbürgermeister Reiniger hebt deshalb hervor, dass unsere Stadt, was die Zahl der Konzernzentralen anbetrifft, in der ersten Liga spielt. Er muss aber gleichzeitig zugeben, dass man daraus nicht schließen kann, dass die Konzerne Geld in die Stadtkasse bringen. Die Konzerne gehören nämlich in unserer Stadt zu jenen, die am wenigsten bis gar keine Gewerbesteuer zahlen. „Wozu aber die ganze Geschenke und Förderung, wenn das der Stadt kaum was nützt?“ fragt Karin Schnittker weiter.

Auch von der anderen Seite her betrachtet wird die Geschichte nicht besser. Ein Konzern hat nur ein Interesse: Profit zu machen.

Seinen „Kunden“ will er deshalb die höchsten, erzielbaren Preise berechnen, seinen Mitarbeitern möglichst niedrige Löhne bezahlen. Die Stadt Essen verhält sich zwar oft so, aber das politische Ziel einer sozialen Kommunalpolitik kann das keinesfalls sein. Die DKP lehnt es ab, dass die Stadt Essen sich wie etwa Mannesmann, Nokia oder die Deutsche Bank.

Jetzt will ich auch

- mehr Infos über die DKP
- Kontakt zu einer Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden

Name

Vorname

Straße

PLZ /Ort

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an:
DKP Essen, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
 www.dkp-essen.de
 E-Mail: dkp.essen@dkp-essen.de

Familienatlas für Essen, die „kinderunfreundliche Großstadt“ – Nachschlag zu einer Veranstaltung

Im „Familienatlas“ ist die Stadt Essen bei der „Attraktivität für Familien“ in die schlechteste Kategorie, in die der „zurückfallenden Regionen“ eingeordnet. Nichtsdestotrotz beansprucht Essen für sich selbst den Titel „Großstadt für Kinder“.

Die Initiatoren der Essener Bürgerbegehren „Essen ist unser“ und „Masterplan Sport stoppen“ hatten Ende Februar die Unternehmensberatung Prognos eingeladen, um über diesen Widerspruch zu diskutieren. Prognos hatte den Familienatlas im Auftrag des „Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen“ 2007 erarbeitet. Tillmann Knitte (Fa. Prognos) stellte die Methoden, Quellen und Ergebnisse Ende Februar in der Volkshochschule Essen vor. Der Familienatlas vergleicht 439 Landkreise und 40 der bevölkerungsreichsten Städte auf Attraktivität für Familien. Dazu zählen viele verschiedene Kriterien für Familienfreundlichkeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Wohnen, Bildung und Ausbildung und Freizeit. Diese Auswertung soll „als fundierte Standortbestimmung im Vergleich zu an-

deren Regionen“ dienen, heißt konkret, die Regionen sollen in Konkurrenz untereinander treten, um Familien zu halten bzw. zum Zuzug zu bewegen.

Einige Fakten:

Essen schnitt bei der Kindebetreuung nur durchschnittlich ab. Verwiesen wurde auf die ostdeutschen Städte mit einer hervorragenden Kinderbetreuung. Auch sei die Zahl der beschäftigten Frauen höher als im Westen. So steht die Stadt Leipzig an erster Stelle für Betreuungsangebote, während Essen den zweitschlechtesten Rang bundesweit erhält. Dass Essen für das Ruhrgebiet an erster Stelle steht, sagt nichts Gutes über unsere Nachbarstädte aus. Bei den Vergleichen der Wohnsituation und des Wohnumfeldes schnitt Essen bundesweit stark unterdurchschnittlich ab. Miteinander verglichen wurde u. a. die Erholungsflächen je Einwohner, der Anteil der Familienwohnungen am Wohnungsbestand, die Kriminalitätsrate, die Zahl der im Straßenverkehr verunglückten Kinder sowie die Kinderarztdichte.

Fazit dieser Untersuchungen ist:

Essen weist die typischen Schwächen einer Großstadt auf. Essen ist mit weniger Lehrern ausgestattet als andere Kommunen in NRW und damit auch hier unterdurchschnittlich.

In der Kategorie Arbeitsmöglichkeiten belegt Essen einen unterdurchschnittlichen Rang: mit einer verhältnismäßig hohen Arbeitslosenquote und nur in sogenannten Zukunftsbranchen einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Beschäftigten.

Das Ergebnis aller Vergleiche miteinander zeigt: Essen gehört zu den zwölf zurückfallenden Regionen.

In der Diskussion wurden die erstellten Kriterien der Studie angezweifelt. Bemängelt wurde, dass das Thema Kinderarmut nicht angesprochen wurde sowie die zur Verfügung stehende Wasserfläche in Schwimmbädern nicht angerechnet wurde.

Eines ist in jedem Fall sicher: für Essen besteht ein hoher Handlungsbedarf, um solche Begriffe wie Familienfreundlichkeit füllen zu können. Die anstehenden Bäckerschließungen, die Schließungen von Sportstätten und Einsparungen in der Kinder- und Jugendarbeit zeigen deutlich, was in dieser Stadt passieren muss: eine andere Politik muss her. Anstatt die Statistik zu bemängeln – wie passiert –, sollten die Verantwortlichen mit dem Vorwurf umgehen, dass das Geld an anderer Stelle ausgegeben wird: während der STEAG Geschenke in Millionenhöhe gemacht werden, gehen die Familien in Essen meist leer aus. Statt unsägliche Rabattaktionen (siehe Familienpass) für alle als die Neugeburt der Sozialpolitik in Essen auszurufen, muss dort etwas geschehen, wo es dringend notwendig ist: dort wo Menschen leben, die entweder kein Einkommen haben oder so wenig verdienen, dass sie ihr Leben kaum finanzieren können; dort, wo Kinder kein Geld für Essen und Schulbücher haben; dort, wo für Kinder und Jugendliche kein öffentlicher Raum mehr zur Verfügung steht und sie nicht wissen, wohin. Zu tun gibt es in Essen genug.

Kurz und knapp

Der OB ist uns teuer

Laut Presseberichten erhielt OB Reiniger 2007 für seine Tätigkeit im Aufsichtsrat der RWE AG eine Vergütung von 176.000,- € Die muss er laut Erlass des Landes an die Stadt abführen. Dagegen prozessiert der OB von Neuss, deshalb erfolgt auch die Abführung von OB Reiniger seit 2005 unter Vorbehalt. In der Zwischenzeit sind Rückstellungen in Höhe von einigen hunderttausend Euro gebildet worden, die der OB bekommt, wenn der Neusser OB seinen Prozess gewinnt. Das hat er getan, das Urteil ist aber noch nicht rechtskräftig.

Was den Menschen dient – darf nichts kosten

So sehen es wohl CDU und Grüne. Nachdem schon viele Städte (u. a. Dortmund) ein vergünstigtes Nahverkehrsticket für alle Bezieher von Hartz IV und kleiner Einkommen eingeführt haben, konnte sich auch die Ratsmehrheit dem nicht mehr entziehen. Die Verwaltung soll die Möglichkeit nun auch in Essen prüfen. Voraussetzung aber: es darf nichts kosten.

Wenn das mal keine Mospackung ist.

Kultur kostet, und manches immer mehr!

Teile der Weststadthalle hat die Stadt im Jahr 2002 für 20 Jahre für jährlich 183.600,- € angemietet, um sie an „Stars in Concert“ weiterzuvermieten. Die waren 2005 pleite. Ab 2006 sollte die Weststadthalle GmbH als Untervermieter gewonnen werden, natürlich zu einer geringeren Miete (die Stadt hätte pro Jahr zwischen 24.000 und 100.000 € draufgezahlt). Auch das war dem neuen Mieter zu hoch. Ein neuer Mietvertrag sah dann städtische Zuzahlungen zwischen 60.000 und 165.000 € vor. Bezahlt wurde nie, nun wurde fristlos gekündigt, die Stadt sitzt weiter auf jährlichen Mietkosten von 183.600 €